

Andrea Hornung

Antiimperialistische Praxis

Wir haben heute viel darüber gesprochen, wie wir Russland und den aktuellen Krieg einschätzen und über unser Imperialismus-Verständnis. Darüber soll es in meinem Beitrag nun nicht mehr gehen. Ich möchte nun in einem kurzen Beitrag zumindest ein paar Worte dazu verlieren, was das für unsere Praxis heißt und wie eine antiimperialistische Praxis aussehen kann.

Die Friedensfrage ist eine Menschheitsfrage. Ein großer Krieg, ein Atomkrieg bedroht – ebenso wie der Klimawandel – potenziell die gesamte Menschheit, das Überleben der Menschheit oder zumindest großer Teile. Somit bietet die Friedensfrage zunächst das Potenzial, breite Teile der Gesellschaft auf unsere Seite zu ziehen: Dass eine weitere Eskalation gegenüber Russland, ein Atomkrieg sehr gefährlich ist, das leuchtet vielen Menschen ein. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir darauf setzen können, die ganze Gesellschaft von der Sinnlosigkeit der Aufrüstung und des Krieg zu überzeugen – dass das kein erfolgsversprechender Weg ist, das zeigten Marx und Engels, das zeigte Lenin mit seiner Imperialismusanalyse und das ist aus meiner Sicht auch Ergebnis unserer heutigen Diskussion. Denn der Krieg ist notwendige Folge des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium und er findet nicht außerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse statt, sondern aufgrund der Klassenverhältnisse, im Interesse des Monopolkapitals, im Kampf des Monopolkapitals um Einflussgebiete. Menschheitsfragen sind – mit Hans Heinz Holz – „gerade weil sie Menschheitsfragen sind, immer auch und zuerst Inhalte des Klassenkampfes. Ein allgemein-menschlicher, klassen- und systemübergreifender Humanismus ist eine bürgerliche Illusion, ihn gibt es nur im Bewusstsein, politisch real wird er allein im Klassenkampf.“ Innerhalb des Kapitalismus muss das allgemeine Menschheitsinteresse hinter das Verwertungsinteresse des Kapitals zurückstecken, und wir wissen es, das Kapital, der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen. Die Klasse, deren Sonderinteressen mit dem Allgemeininteresse, mit dem Menschheitsinteresse zusammenfällt, das ist die Arbeiterklasse. Somit muss sie auch den Kern einer Friedensbewegung wie aller Bewegungen zur Emanzipation der Menschheit bilden.

Und doch bietet die Friedensfrage das Potenzial für breite Bündnisse. Sie bietet die Möglichkeit, auch Schichten zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, ja, selbst darüber hinaus in den Kampf um Frieden zu führen und sich im gemeinsamen Kampf gegen die Richtigen zu richten und aufzuzeigen, was die Ursachen von Krieg sind, letztlich Klassenbewusstsein zu schaffen. Bei diesen Bündnissen sollte es uns jedoch nicht um Breite an sich gehen, diese Breite bringt uns nur dann etwas, wenn sich die Bündnisse gegen die Richtigen richten.

Damit kommen wir zu der spannenden Frage, wer denn die Richtigen sind, gegen die wir uns richten sollen. Denn hierbei gibt es ein paar Fallstricke, die wir gerade auch innerhalb der Friedensbewegung erleben können.

Für uns hier in Deutschland sind das – mit Karl Liebknecht und Palmiro Togliatti – unser Hauptfeind, der deutsche Imperialismus und der Hauptkriegstreiber, das sind zweifellos die USA. Welche Probleme erleben wir hier aktuell?

In linksradikalen Kreisen wie auch in der Friedensbewegung erleben wir immer wieder Bündnisse, die sich – leider oft noch im besten Fall – gleichermaßen gegen jeden Imperialismus bzw. gegen Russland und NATO richten. Auf dem Linkspartei-Parteitag wurde ein Änderungsantrag, der auch die Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs, die Rolle NATO und ihre Interessen stärker gewichten sollte, abgelehnt, der Fokus der Linkspartei liegt zunehmend auf der bloßen Verurteilung Russlands. Passend dazu erklärte Matthias Höhn schon vor längerem, die NATO würde gebraucht.

Die Position, nach der Russland und NATO gleichermaßen schlimm seien, ist auch als Äquidistanz-Position bekannt. Diese Position ist falsch, weil sie die Kräfteverhältnisse verkennt, ja, sie verschleiern: Die ökonomische und militärische Überlegenheit der NATO-Staaten, die NATO-Osterweiterung, den Versuch der NATO-Staaten, Russland niederzuwerfen. Diese Position verkennt, wer der Hauptkriegstreiber ist. Damit geht diese Position letztlich auf die der herrschenden Klasse über: Die Äquidistanzposition hat der medial verbreiteten rassistischen und chauvinistischen Hetze gegen Russland nichts entgegenzusetzen, und befördert diese sogar noch. Sie vermittelt den Eindruck, die eigene Regierung und die eigene herrschende Klasse würde als guter Dritter zwischen den beiden Großmächten USA und Russland stehen, für Menschenrechte, Frieden und Freiheit zu vermitteln versuchen. Damit schließt man Frieden mit den Kriegstreibern hierzulande und lässt sich einbeziehen in den Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Damit verkennt man nicht nur, wer Hauptkriegstreiber ist, sondern auch, wer Hauptfeind ist.

Das heißt nicht, dass wir nicht auch benennen, dass Russland ein imperialistisches Land ist und dass auch Russland aggressiv ist. Denn Aggressivität ist ein Wesenszug des Imperialismus, wobei hinzugefügt werden muss, dass wir unter Aggressivität nicht ausschließlich militärisches Agieren verstehen, sondern dieses sich auch im politischen und ökonomischen Handeln ausdrückt. Wenn wir also sagen, dass wir weder auf der Seite des in der NATO zusammengeschlossenen Imperialisten stehen noch auf der Seite Russlands, so ist das trotzdem keine Äquidistanz-Position. Es ist aber sehr wohl eine „Distanz“-Position. Unser Standpunkt ist der der internationalen Arbeiterklasse und befindet sich somit in Distanz zu den Kapitalistenklassen aller Länder. Trotzdem sollte eine kluge Taktik der Arbeiterklasse und ihrer Partei so etwas wie „Sicherheitsinteressen“ von Staaten mitdenken. Nicht, weil wir deren Interessen teilen, aber weil wir ein Interesse am Frieden haben und daher Entwicklungen, die auf Krieg zusteuern, weil solche Interessen verletzt werden, aufhalten wollen. So viel zum einen Fehler: NATO und Russland gleichsetzen, verkennen, wer der Hauptkriegstreiber ist.

Es reicht aber auf der anderen Seite auch nicht, den schwächeren Imperialismus oder Kapitalismus einfach nur gegen den stärkeren zu verteidigen, auch wenn das auf den ersten Blick sympathisch sein mag, weil man sich damit der Kriegshetze hier entgegenstellt. Wir vermitteln auf diesem Weg Verständnis für die Position der russischen Herrschenden statt bei den Menschen hier ihr Bewusstsein für ihre eigenen Interessen (nach Frieden, sozialer Sicherheit und einer Welt ohne Krieg, einer sozialistischen Welt) zu wecken und sie dafür in den Kampf zu bringen. Das wäre unsere Aufgabe. Wenn wir Russland oder den BRICS-Staaten einen „objektiven Antiimperialismus“ zuschreiben, bringt uns dabei nicht weiter. Damit kann der Eindruck entstehen, dass es gäbe grundsätzlich friedliche kapitalistische Länder gäbe.

Das ist aber nicht der einzige Grund, warum wir nicht den schwächeren Imperialismus bloß gegen den stärkeren verteidigen sollten: Wenn wir den Fokus ausschließlich auf den US-amerikanischen Imperialismus, den Hauptkriegstreiber, legen, beispielsweise nur den Abzug von US-Atomwaffen fordern, Deutschland als Vasall der USA darstellen, laufen wir Gefahr, denen in die Hände zu spielen, die die strategische Autonomie der EU, also den Weltmachtsanspruch Deutschlands und Frankreichs gegen die USA ausbauen wollen.

Für unsere Aufgabe, Hauptfeind und Hauptkriegstreiber zu bekämpfen, gibt es aber auch einige positive Ansatzpunkte. Gestern hat eine Demo mit rund 4000 Menschen in Berlin stattgefunden, die sich gegen die Aufrüstung hier und damit gegen das deutsche Monopolkapital richtete, die sich damit aber zugleich gegen den Kriegskurs der NATO und das NATO-2%-Ziel stellte. Diese 4000 Menschen sind natürlich viel zu wenig, und doch bietet das Aufrüstungsprogramm das Potenzial, Menschen in Bewegung für ihre Interessen zu bringen, weil es absurd ist, dass es immer noch nicht mehr Geld für den Gesundheitsbereich gibt, immer noch keine Entlastung – die Kollegen an den Unikliniken in NRW befinden sich gerade seit 9 Wochen im unbefristeten Streik, in Frankfurt hat die Auseinandersetzung jetzt gerade begonnen – aber mal eben 100 Milliarden für Rüstung. Mit dem Fokus auf den Kampf gegen die Aufrüstung ist es uns in Frankfurt auch gelungen, in einem Bündnis gemeinsam mit SDS, DIDF Jugend, solid Hessen, IJV, junger GEW NRW eine Anti-Kriegs-Jugendkonferenz mit über 300 Teilnehmern auf die Beine zu stellen, aus der weitere, lokale Aktionen gefolgt sind. Also: Die Aufrüstungsfrage bietet das Potenzial, breite Bündnisse gegen die Richtigen zu bilden.

Und es gibt weitere Ansatzpunkte: Unter dem Vorwand von „Putins Krieg“ wird die Erhöhung der Energiekosten gerechtfertigt, gefordert, dass wir gegen Putin frieren sollen. Fast jeder dritte Deutsche spart aktuell am Essen, die Kosten sind kaum noch zu stemmen und auch das bietet Möglichkeiten, die Heimatfront aufzubrechen. Entscheidend dafür, wie gut uns das gelingt, wird auch sein, inwiefern wir es schaffen in und mit den Gewerkschaften zu kämpfen, in denen Friedenspositionen leider aktuell immer mehr angegriffen werden – nicht zuletzt untersagte man drei ver.di-Jugend-Gliederungen die Unterstützung unserer Konferenz.

Unsere Hauptaufgabe ist, das Bewusstsein zu verändern, und das geht in der gemeinsamen Aktivität. In diesem Sinne: Lasst uns nach dieser Konferenz auch in die Aktion kommen, lasst uns gegen Militärtransporte und Waffenlieferungen auf die Straße gehen, lasst uns in den Schulen Widerstand gegen Jugendoffiziere und Wehrkundeunterricht organisieren, lasst uns herausgehen zu den Jahrestagen von den Atomabwürfen.